

Rolf Schieder

Braucht der neutrale Staat eigene zivilreligiöse Rituale?

Die Frage, ob der neutrale Staat eigene zivilreligiöse Rituale braucht, beruht auf der Annahme, dass es diese Rituale zwar gibt, dass aber Unsicherheit darüber besteht, ob ein religiös-weltanschaulich neutraler Staat jene in eigener Regie inszenieren, oder ob er dafür mit den Religionsgemeinschaften kooperieren soll. Eine Abwägung.

Rolf Schieder

(* 1953) ist Professor für Praktische Theologie und Religionspädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er leitet dort das *Program on Religion, Politics and Economics*. Zuletzt erschienen: *Sind Religionen gefährlich?*

rolf.schieder@rz.hu-berlin.de



Ein Blick in die jüngste Katastrophengeschichte – von 9/11, über den Amoklauf am Guttenberg-Gymnasium in Erfurt und den Tsunami in Südasien bis zu den politischen Morden in Tuscon, Arizona – zeigt, welche enorme soziale und politische Bedeutung zivilreligiöse Rituale haben. Sie helfen einem Kollektiv, mit dem erschütternd Unerwarteten fertig zu werden und sich des gemeinsamen Willens zu versichern, dem bedrohlichen Einbruch des Chaotischen zu widerstehen. Zivilreligiöse Rituale ehren die Opfer, erinnern an die Gründungsmythen des Gemeinwesens und verpflichten die Ritualteilnehmer, trotz offensichtlicher Bedrohung an den gemeinsamen Visionen festzuhalten.

Zivilreligiöse Rituale in den USA

Wer wissen möchte, was Zivilreligion ist und wie sie funktioniert, dem sei das Video und die Lektüre der Rede Barack Obamas in Tuscon, Arizona am 12. Januar 2011 empfohlen. Als Präsident war er dort Seelsorger, prophetischer Mahner und zivilreligiöser Priester in einem. »I have come here tonight as an American who, like all

Americans, kneels to pray with you today, and will stand by you tomorrow.« So beginnt seine Ansprache. Die Hoffnungen einer ganzen Nation seien gegenwärtig. Nicht wie ein Politiker, sondern wie ein Prediger erinnert er an die *conditio humana*: »We recognize our own mortality, and are reminded that in the fleeting time we have on this earth, what matters is not wealth, or status, or power, or fame – but rather, how well we have loved...«

Die entscheidende Rolle in Obamas Ansprache spielt die getötete neunjährige Christina Taylor Green. »I believe that for all our imperfections, we are full of decency and goodness, and that the forces that divide us are not as strong as those that unite us. That's what I believe, in part because that's what a child like Christina Taylor Green believed. Imagine: here was a young girl who was just becoming aware of our democracy; just beginning to understand the obligations of citizenship; just starting to glimpse the fact that someday she too might play a part in sharpening her nation's future. ... She saw all this through the eyes of a child, undimmed by the cynicism or vitriol that we adults all too often just take for granted.« Die Schilderung der Hoffnungen dieses jungen Mädchens dient der Vorbereitung des letzten Zweckes des zivilreligiösen Rituals: der Verpflichtung aller Amerikaner auf die Überzeugungen und Visionen, die diese Nation am Leben erhalten. »I want us to live up to her expectations. I want our democracy to be as good as she imagined it.« Freilich stellt Obama Christina der Nation nicht als Leichnam vor Augen: »If there are rain puddles in Heaven,

Christina is jumping in them today.« Und als sei das Jenseits die Kraft des Diesseits, folgt auf diese Glaubensaussage unmittelbar die performative Verpflichtung der amerikanischen Nation: »And here on Earth, we place our hands over our hearts, and commit ourselves as Americans to forging a country that is forever worthy of her gentle, happy spirit.« Ihr Tod soll nicht vergebens gewesen sein. Und es liegt jetzt an jedem Amerikaner, dass dies nicht der Fall ist. Auf die missionarische Aussendung folgt der Segen: »May God bless and keep those we've lost in restful eternal peace. May He love and watch over the survivors. And may He bless the United States of America.« Die Beliebtheitswerte Obamas stiegen nach dieser Ansprache deutlich an.

Rousseaus Ideal einer staatseigenen, kirchenfernen Zivilreligion

Zivilreligionen zielen darauf, die Menschen eines Gemeinwesens in die Pflicht zu nehmen. Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) ging davon aus, dass der natürliche Mensch eine Wiedergeburt durchmachen müsse, um Bürger sein zu können. Rousseau hielt eine staatseigene Zivilreligion für notwendig, weil die christlichen Religionen die religiöse Bindung der Bürger an den Staat eher behinderten als förderten. So befänden sich katholische Bürger in einem ständigen Loyalitätskonflikt zwischen Papst und politischem Gemeinwesen, aber auch die Protestanten glaubten, ein zusätzliches Bürgerrecht im Himmel zu haben. Zwar dürfen religiöse Menschen ihren eigenen Glauben privat pflegen, doch als Bürger sind sie unter Androhung von Exil oder Todesstrafe dazu verpflichtet, sich zu den zivilreligiösen Dogmen des Gemeinwesens zu bekennen. Diese sind der Glaube an die Existenz eines mächtigen, klugen, wohlthätigen Gottes, an ein ewiges Leben, an die Bestrafung der Bösen und die Belohnung der Guten, sowie an die Heiligkeit des Ge-

sellschaftsvertrages. Während sich die amerikanische Zivilreligion ganz selbstverständlich biblisch-christlicher Semantik bedient, will Rousseau seine Zivilreligion auf einen möglichst christentumsfernen Deismus gründen.

Zivilreligion in Deutschland

Es ist vielfach bemerkt worden, dass deutsche Politiker zu zivilreligiösen Ansprachen im Stile Barack Obamas nicht im Stande sind. Es würde freilich aber zu kurz greifen, diese Unfähigkeit als ein psychologisches oder rhetorisches Manko zu deuten. Sie sind dazu unfähig, weil der diskursive Rahmen politischer Reden in Deutschland – deren Redenotwendigkeiten, deren Verstehensgewohnheiten und deren Erwartungshorizonte – religiöse Semantik nicht zulässt. Während in den USA Staat und Kirche strikt getrennt sind, bleiben Religion und Politik seit Jahrhunderten auf das innigste miteinander verbunden. In Deutschland verhält es sich genau umgekehrt: Religiöse und politische Semantik sind strikt getrennt, aber Kirche und Staat sind eng miteinander verflochten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die politischen Eliten Westdeutschlands zur nationalsozialistischen Zivilreligion so viel Abstand wie nur möglich gewinnen. Bis auf wenige Restbestände, wie die Erwähnung Gottes in der Präambel und die Bestimmung der Ehrfurcht vor Gott als oberstes Bildungsziel in den Schulartikeln der meisten Länderverfassungen, setzte die Nachkriegspolitik darauf, dass die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an den Staat nicht von diesem selbst zu organisieren und zu inszenieren sei – vielmehr vertrauten sie darauf, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure, allen voran die Kirchen, das zivilreligiöse Bedürfnis des Staates nach Zustimmungsfähigkeit auch aus religiösen Gründen auf je ihre Weise befriedigen würden. Das ist der zivilreligiöse

Sinn des so genannten »Böckenfördeparadoxes« (in: *Staat, Gesellschaft, Freiheit*). Ähnlich sah das auch Niklas Luhmann, als er die Grundwertedebatte in den 70er Jahren als eine Zivilreligionsdebatte interpretierte und darauf hinwies, dass das neutrale Licht der Zivilreligion nur durch die Brechung durch verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure sichtbar werde. Zivilreligion gebe es also immer nur als umstritten und vielstimmig.

Es ist das Verdienst des Tübinger Theologen Eilert Herms, der die Differenz zwischen einer staatseigenen und einer freien, plural verfassten Zivilreligion überzeugend herausgearbeitet hat. Religion ist für Herms »die in Kommunikationszusammenhängen zustande gekommene, kommunizierbare und kommunizierte zielwahlorientierende Gewissheit von Personen über die universalen Bedingungen menschlicher Handlungsgegenwart.« Da auch Weltanschauungen zielwahlorientierende Gewissheiten über den Ursprung, die Verfassung und Bestimmung unseres Daseins erzeugen, kann zwischen Religion und Weltanschauung nicht prinzipiell unterschieden werden. Jede Religion und Weltanschauung hat aber immer auch eine zivilreligiöse Dimension, sofern sie zielwahlorientierende Gewissheiten über unser Dasein als Bürgerinnen und Bürger generiert. Jeder Staatsbürger hat eigene religiös-weltanschauliche Motive, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Den USA ist insofern eine beeindruckende Lösung des Zivilreligionsproblems gelungen, als sich der Staat ausdrücklich nicht für die Religions- und Weltanschauungskommunikation zuständig erklärt, sich aber gleichzeitig für einen religiös-weltanschaulichen Auftrag in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Kommunikation auf dem religiös-weltanschaulichen Feld offen zeigt. Herms plädiert auch in Europa und in Deutschland für einen konsequenten »Verzicht auf jede staatliche Pflege einer Zivilreligion zugunsten der

unumwundenen Anerkennung der definitiven Abhängigkeit des staatlichen Lebens von den zivilreligiösen Effekten der freien Gewissheitskommunikation in den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.« Im Gegenzug sind dann die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verpflichtet, ihren Beitrag zur Sicherung der politischen Kultur zu leisten, indem sie ihren Gläubigen zumuten, ihre politische Existenz als religiöse Herausforderung zu begreifen. Ein Rückzug aus der Welt der Politik ist dann ebenso ausgeschlossen wie eine fundamentalistische Gesprächsverweigerung.

Darüber hinaus müssen die Religionsgemeinschaften fähig sein, sich den gewandelten demografischen Verhältnissen anzupassen. Bisher liefen zivilreligiöse Feierlichkeiten in der Regel so ab, dass zwischen einem Staatsakt und einem christlichen Gottesdienst zwar unterschieden wurde, beide Rituale aber am gleichen Ort stattfanden. Will man aber die Muslime vom zivilreligiösen Ritual nicht ausschließen, so müssen die Kirchen bereit sein, auf einen ausschließlich christlichen zivilreligiösen Gottesdienst zugunsten eines multireligiösen Gebetes zu verzichten. Die schlechtere Alternative wäre in der Tat, dass der Staat auf die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften ganz verzichtet und staatseigene zivilreligiöse Liturgien erfindet.

Nicht nur Katastrophen, auch freudige Ereignisse bedürfen der zivilreligiösen Inszenierung. Wenn ganz Europa am 29. April 2011 vor den Bildschirmen sitzen wird, um dem glamourösen zivilreligiösen Ritual der Trauung von Prinz William und Kate Middleton in der Westminster Abbey durch den Erzbischof von Canterbury gebannt und gerührt zu folgen, dann müsste eigentlich selbst dem schärfsten Religionskritiker klar werden, dass sich ein Gemeinwesen mit dem Verzicht auf religiöse Rituale um eine wesentliche Ressource des Gefühls der Zusammengehörigkeit bringen würde.